Frankenberger Tageblatt

Das Blatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.80 Rm., in den Ausgabestellen des Landbezirks 1.90 Rm., bei Zutragung im Stadtgebiet 1.95 Rm., bei Zutragung im Landgebiet 2.00 Rm. Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 32901. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreise: Der Grundpreis für die 35 mm breite einspaltige Petitzeile beträgt 30 Goldpfennig, für die 147 mm breite amtliche Zeile 80 Goldpfennig, für die 72 mm breite Zeile im Reklameteile 60 Goldpfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 5 Zeilen Sondergebühr. — Für schwierige Satzarten und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsdruck Grundpreis nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Publikationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert in Frankenberg

№ 214 — Dienstag den 13. September 1927 nachmittags — 86. Jahrgang

Graf Bernstorff fordert die Abrüstung

Nochmals die Abrüstung der anderen gefordert
Deutschland duldet keine Verschleppung mehr

Völkerbundsrat und Vollversammlung

Rockefeller stiftet zwei Millionen Dollar

Genf, 12. 9. In der heutigen Vormittagssitzung des Völkerbundes gab der Präsident zunächst den am Sonnabend abend vom holländischen Außenminister eingereichten Zusatzantrag zu seinem Vorschlag auf Wiederaufnahme der Diskussion über das Genfer Protokoll bekannt. Der holländische Antrag wurde ohne Debatte und ohne Abstimmung an die Kommission für Abrüstungsfragen überwiesen. Hierauf teilte der Präsident mit, daß von privater amerikanischer Seite dem Völkerbund ein Geschenk von zwei Millionen Dollar zum Ausbau der Völkerbundsbibliothek gemacht worden sei. Im Namen der Versammlung dankte Bundespräsident Motta für die amerikanische Spende. Er wies darauf hin, daß damit ein neues Band zwischen dem Lande der Herkunft des Geschenkes und dem Völkerbunde geschlossen worden sei. Dem Dank des schweizerischen Bundespräsidenten schloß sich der Präsident der Kontrollkommission, sowie der Präsident der Kommission für Budgetfragen an. Der Präsident gab sodann der Vollversammlung bekannt, daß der Spender der zwei Millionen Dollar Rockefeller sei. Unter langanhaltendem Beifall betrat sodann der Schweizer Bundespräsident Motta die Rednertribüne zu einer einstündigen Rede, in der er eingehend zu den Kritiken am Völkerbund Stellung nahm und insbesondere die Beziehungen zwischen dem Völkerbundsrat und der Vollversammlung behandelte.

•

Nicht Begrenzung, sondern Herabsetzung der Rüstungen

Genf, 12. 9. Die dritte Kommission der Vollversammlung des Völkerbundes für Abrüstungsfragen tagte heute nachmittag unter Vorsitz des tschechischen Außenministers Benesch. Deutschland ist in der Kommission durch den Reichstagsabgeordneten Grafen Bernstorff vertreten.

Einleitend wies Benesch darauf hin, daß die Kommission den in der Vollversammlung eingebrachten holländischen und polnischen Antrag sowie ferner die Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes zu behandeln habe.

Reichstagsabgeordneter Graf Bernstorff gab eine Erklärung zu einigen Punkten der Darlegungen Loudons ab. Er legte größtes Gewicht darauf, festzustellen, daß er mit vielen Mitgliedern des Abrüstungsausschusses der Auffassung ist, daß die Aufgabe der geplanten Abrüstungskonferenz nicht die Begrenzung, sondern die Herabsetzung der Rüstungen betrifft. Nachdem Deutschland vollkommen abgerüstet sei, handle es sich darum, daß die allgemeine Abrüstungsverpflichtung auch von allen anderen Staaten durchgeführt werde.

Graf Bernstorff wies weiter darauf hin, daß der Vorsitzende Benesch in seiner Ausführung auf den Zusammentritt der Abrüstungskonferenz hingewiesen habe, ohne jedoch hierbei den Termin für den Zusammentritt zu erwähnen. Es müsse jedoch daran erinnert werden, daß bei dem Abschluß der Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission der Vorsitzende Loudon nachdrücklichst erklärt habe, daß die Konferenz noch in diesem Jahre wieder zusammentreten werde. Er müsse dringend auf baldigen Zusammentritt der Konferenz drängen.

Loudon sagte in einer kurzen Erwiderung, seine Auffassung, daß es sich zunächst nur um eine Konferenz zur Begrenzung der Rüstungen handeln könne, sei rein persönlich; er sei aber mit Graf Bernstorff in bezug auf die allgemeine Abrüstungsverpflichtung auf Grund des Artikels 8 vollkommen einverstanden.

•

Erst 1929?

Paris, 12. 9. Das offiziöse „Journal" schreibt am Sonntag früh, zwischen England und Frankreich liege eine Verständigung darüber vor, daß das Jahr 1928 noch nicht eine allgemeine Abrüstungskonferenz bringen könne, sondern nur den Vorbereitungen für eine solche Konferenz zu dienen habe.

•

Sauerwein über Abrüstungs- und Sicherheitsfragen

Paris, 13. 9. TU. (Funkspruch.) Zu der Beratung der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage in der 3. Völkerbundskommission erklärt heute Sauerwein im „Matin" u. a.: Für die vertragliche Lage des Völkerbundes, gleichzeitig Sicherheit und Abrüstung gewährleisten zu müssen, sei allein der Versailler Vertrag verantwortlich. Dieser habe niemals die beiden Grundsätze, Wiederversöhnung und Ausführung der Verträge, vereinigen können. Wenn die Alliierten sich auf bestimmte Forderungen des Vertrages stützten, hätten sie das echt deutsche Gebiet nötigenfalls länger als 15 Jahre zu besetzen, die völlige Entwaffnung Deutschlands und seiner Verbündeten zu kontrollieren und während einer unbestimmten Zahl von Jahren die Reparationen einzutreiben. Andererseits habe Deutschland das Recht, auf Grund des Artikels 8 die Abrüstung aller Nationen durch den Völkerbund zu verlangen. Sache der Regierung sei es jetzt, sich über die nach ihrer Ansicht notwendigen Sicherheitsgarantien zu entscheiden. Während auf der einen Seite Deutschland als Motor diene, da es die allgemeine Abrüstung immer wieder fordere, wirke auf der anderen Seite England als Bremse, da es nicht über die in den Sicherheits- und Schiedsverträgen gezogenen Grenzen hinausgehen wolle. Wenn man zugleich Deutschland und England Genugtuung geben wolle, laufe man Gefahr, zur Abrüstung ohne Sicherheit zu gelangen, was unannehmbar sei. Chamberlain müsse einsehen, daß dank seiner Haltung die Arbeiten des Völkerbundes auf dem toten Punkt angelangt seien. Aus der nunmehr abgeschlossenen Generaldebatte der Vollversammlung zieht das „Petit Journal" den Schluß, daß die Zusammenarbeit der drei Großmächte die einzige feste Grundlage für die Befriedung Europas sei.

•

Die Verminderung der engl. Besatzungstruppen

London, 13. 9. (Funkspruch.) Offiziell wird mitgeteilt, daß die Frage der Zurückziehung eines Teiles der britischen Besatzungstruppen auf Grund des englisch-französischen Uebereinkommens nunmehr im einzelnen geregelt wurde. Danach wird ein Bataillon Infanterie in Stärke von 700 Mann zurückgezogen, ferner 300 Mann aus anderen Formationen, sowie ein Dutzend Stabsoffiziere. Durch die Zurückziehung des Bataillons Infanterie wird nunmehr auch die 2. Rheinbrigade auf drei Bataillone reduziert.

•

Die sozialistische Arbeiterinternationale zur Abrüstungsfrage

Brüssel, 12. 9. Das Exekutivkomitee der sozialistischen Arbeiterinternationale hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Bericht Albardas eine Entschließung Bauers—Renaudel angenommen, in der die im Völkerbund tätigen Sozialisten aufgefordert werden, für die fundamentalen Grundsätze der Weltabrüstung einzutreten. Für die zweite Oktoberhälfte wurde die Eröffnung einer großen Abrüstungskampagne in allen Ländern beschlossen.

•

Zusammenkunft Chamberlain—Baldwin

Paris, 13. 9. TU. (Funkspruch.) Wie Havas aus Genf meldet, hat Chamberlain in Talloires eine Zusammenkunft mit dem Ministerpräsidenten Baldwin gehabt. Mitglieder der deutschen Delegation, darunter Staatssekretär v. Schubert, die nach dem gleichen Orte kamen, seien von den beiden englischen Staatsmännern freundschaftlich begrüßt worden. Chamberlain habe Baldwin über die Völkerbundsverhandlungen Bericht erstattet. Die beiden Minister hätten sich über die Haltung Englands für die nächste Zeit geeinigt.

•

Ende der Woche Abreise Chamberlains und Briands von Genf

Genf, 12. 9. Der englische Außenminister Chamberlain beabsichtigt am Donnerstag abend, nach der Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder Genf zu verlassen, um wie verlautet, sich zu einem kurzen Erholungsurlaub an das Mittelmeer zu begeben. Auch Briand beabsichtigt, am 16. September sich zur Teilnahme an den auf den 17. September angesetzten Kabinettsrat nach Paris zu begeben.

Nach dem Abschluß der Generaldebatte werden heute nachmittag bereits die Kommissionsberatungen aufgenommen werden. Die dritte Kommission (Abrüstung), die vierte Kommission (Budget), die fünfte Kommission (soziale Fragen) treten heute nachmittag um 3 Uhr zusammen. Man rechnet in Delegiertenkreisen mit einer Dauer der Völkerbundssitzung bis zum 26. September.

Wenn der Reichstag zusammentritt

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 13. September.

Die parlamentarischen Ferien gehen ihrem Ende entgegen. Am Mittwoch wird Reichstagspräsident Loebe dem Aeltestenrat vorschlagen, das Plenum des Reichstages am 3. Oktober wieder zusammentreten zu lassen und damit wäre dann eine Session eröffnet, die ohne jeden Zweifel parlamentarische Auseinandersetzungen von großer Stärke bringen wird. Gewiß soll diese „Herbsttagung" nur ein Vorspiel sein. Es ist aber so gut wie sicher, daß auch die Zeit zwischen dem Schluß der Herbsttagung und dem Beginn der Wintersession mit Fraktionsbesprechungen und interfraktionellen Beratungen ausgefüllt sein wird und Kenner unserer parlamentarischen Verhältnisse behaupten, daß aller Voraussicht nach gerade in diesen Oktoberwochen die Entscheidung fallen wird. Die Entscheidung über das Reichsschulgesetz und damit über den Bestand der jetzigen Regierungskoalition überhaupt, die ein Scheitern des Reichsschulgesetzes niemals überleben wird.

Wie sind nun die Aussichten für dieses Gesetz? Ganz kluge Leute behaupten, daß Zentrum und Volkspartei sich bereits geeinigt hätten und schon alles in bester Ordnung sei. Das ist aber nicht richtig. Die volksparteiliche Reichstagsfraktion, bei der allein die Entscheidung liegt, hat sich offiziell noch gar nicht mit dem Reichsschulgesetz befaßt und die Stimmen, die aus dem Lande kommen, lassen erkennen, daß die Auffassung innerhalb der Deutschen Volkspartei keine ganz einheitliche ist. Das heißt, man ist sich völlig klar darüber, daß der Keudell'sche Entwurf vom volksparteilichen Standpunkt aus kein Ideal ist. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit, wohl aber gehen die Ansichten über die Taktik, die jetzt einzuschlagen ist, erheblich auseinander. Während man teilweise der Ansicht ist, daß die Sicherung der jetzigen Regierungskoalition auch weitgehende Konzessionen an das Zentrum rechtfertige, ist der Flügel der Volkspartei, dessen Führerin die „Kölnische Zeitung" ist, offenbar gesonnen, lieber die Koalition aufzugeben, als diesen Gesetzentwurf anzunehmen. Es wird davon abhängen, zu welchen Zugeständnissen sich das Zentrum seinerseits bereit erklärt, ob der unbedingtere Flügel der Deutschen Volkspartei in der Fraktionssitzung die Oberhand behalten wird.

Auch die Deutschnationalen stehen nicht so geschlossen hinter der Regierungsvorlage wie man annehmen könnte, und zwar ist es auffälligerweise gerade diejenige Richtung, für die die „Deutsche Zeitung" spricht, die sich nicht mit dem Entwurf befreunden kann. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß die Reichstagsfraktion in ihrer Mehrheit der Vorlage zustimmen wird.

Dem Zentrum werden Auseinandersetzungen innerhalb der Fraktion voraussichtlich erspart bleiben. Von Wirth und Röder abgesehen, bekennt sich das ganze Zentrum zum Reichsschulgesetz in seiner jetzigen Form und wird sich von dieser Haltung auch nicht dadurch abbringen lassen, daß der „Vorwärts" pathetisch erklärt „das Zentrum begeht mit seiner Zustimmung eine Sünde wider den heiligen Geist der jungen Republik". Das Zentrum wird diese Sünde mit ruhigem Gewissen auf sich laden. Es scheint überhaupt, daß man im Zentrumslager jetzt beginnt, in dieser Hinsicht sehr offensiv vorzugehen. Bekanntlich hat ein Lehrerverband im „Stahlhelm" sich kürzlich gegen das Reichsschulgesetz ausgesprochen. Die Stahlhelm-Leitung dementiert diesen Verband jetzt und erklärt, daß sie demnächst offiziell zu dieser Frage Stellung nehmen wird. Die „Germania" verlangt diese positive Antwort auch und fragt ganz eindeutig „wie denkt der „Stahlhelm" über Reichsschulgesetz und Konkordat?" Man darf wohl annehmen, daß wir das bald offiziell erfahren werden. Die Beantwortung der Frage wie der Reichstag über das Reichsschulgesetz denkt, wird dagegen bis zum Oktober auf sich warten lassen.

Kurzer Tagesspiegel

Dr. Stresemann hatte gestern in Genf weitere Aussprachen mit dem italienischen Staatssekretär Grandi und dem lettländischen Außenminister.

Die angekündigte zweite Unterredung zwischen Stresemann und Woldemaras hat gestern in Genf stattgefunden.

Chamberlain setzte gestern abend in Genf vor Pressevertretern die Richtlinien der englischen Völkerbundspolitik auseinander.

In der gestrigen Nachmittagssitzung des Völkerbundsausschusses für Abrüstungsfragen trat der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, energisch für die Abrüstung ein.

In einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes spricht sich Tschitscherin für die praktische Durchführung der auf der Weltwirtschaftskonferenz gefaßten Beschlüsse aus.

Briand und Chamberlain werden voraussichtlich Genf am Sonnabend verlassen.

Die chinesischen Südtruppen haben wieder den Vormarsch gegen den Norden angetreten.

Der Weiterflug der amerikanischen Weltflieger ist durch ein Unwetter verhindert worden.

Levine hat endgültig den geplanten Ozeanflug aufgegeben.

In London wird mit einer Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Mussolini gerechnet.

Heute nachmittag findet in Genf zum ersten Male in der gegenwärtigen Tagung eine Konferenz der Locarno-Mächte statt.

Der spanische König hat das Dekret über die Einberufung der spanischen Nationalversammlung unterzeichnet.

Gerüchte um Curtius

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 13. September.

Von bestimmter Seite wird geflissentlich die Meldung gebracht, daß Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius so schwer leidend ist, daß er sein Amt nicht mehr lange versehen könne. Glücklicherweise trifft dies jedoch nicht zu. Dr. Curtius hat ja eben erst durch seine Anwesenheit in Berlin und durch seine Teilnahme an den Beratungen der Reichsregierung den Beweis erbracht, daß er bereits ziemlich wieder hergestellt ist. Er hat sich jetzt zu einer Nachkur nach Karlsbad begeben, von der er voraussichtlich in 14 Tagen gänzlich genesen wieder in seinen Wirkungskreis zurückkehren wird.

Polnische Dreistigkeit

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 13. September.

Ein polnischer Flieger hat Deutschland überflogen und verschiedentlich, beispielsweise über Magdeburg und über Mittenwalde, Flugblätter abgeworfen, in denen für eine polnische Luftflotte Propaganda gemacht wird. Bei der Landung passiert ihm infolge eines Motorschadens das Malheur, auf deutschem Gebiet hart an der Grenze herunter zu kommen. Die beiden Piloten sind zunächst in einem Hotel untergebracht worden, bis die eingeleitete Untersuchung ergeben haben wird, ob sie freigelassen werden können.

Es will uns scheinen, daß die deutschen Behörden geneigt sind, diese unerhörte polnische Frechheit wieder einmal auf die leichte Achsel zu nehmen. Der Vorgang ist doch geradezu beispiellos! Erstens einmal hat ein polnisches Flug-